

VON BIRGIT SAUER

Der Begriff Reform wurde zu einem Schlüsselwort neoliberaler Politikprojekte. Reform klingt harmlos. Doch was bisher wenig beachtet wurde: Die neoliberalen Reformen verstärken alte geschlechtsspezifische Gewaltstrukturen und bringen neue Formen von Gewalt hervor. Die aktuellen Veränderungen in Staat und Gesellschaft tragen dazu bei, dass die nie wirklich aufgehobenen geschlechtsspezifischen Ungleichheiten mit neuen Ausdrucksformen in den Alltag von Frauen zurückkehren.

Unter dem Label „Reform“ bauen Staaten soziale Sicherungssysteme systematisch ab: Beispielsweise werden Tarifverträge ausgehöhlt, Rentenzugänge erschwert, die Arbeitslosenhilfe wird abgeschafft, Arbeitsschutzrechte werden ausgehebelt und Arbeitszeiten ausgeweitet. So liefert man Menschen der Konkurrenz des kapitalistischen Marktes aus. Selbstverantwortlichkeit und Selbstvermarktung ist das alles entscheidende Prinzip. Im Zuge dessen werden Frauen im neoliberalen Staatenmodell, wie alle anderen auch, zu „Unternehmerinnen ihrer selbst“ erklärt. Dabei bleiben Frauen weiterhin mehrfach überbelastet. Denn die Reproduktionsarbeit wird in den neuen arbeitsmarktpolitischen Konzepten weitgehend negiert.

Da Frauen in der Regel innerfamiliäre Arbeit wie auch Erwerbsarbeit leisten und damit doppelt belastet und vergesellschaftet sind, laufen sie also Gefahr, zum einen in prekäre private Verhältnisse und Abhängigkeiten zurückverwiesen zu werden und zum anderen durch nicht existenzsichernde Erwerbsarbeitsverhältnisse in ökonomische Krisen zu geraten. Geringfügiges Einkommen, Abhängigkeit von einem Familieneinkommen und mehrfache Arbeitsbelastung – zu der auch die Reproduktionsarbeit gehört – machen Frauen nicht nur besonders „sozial verwundbar“, sondern auch verletzungsoffener für physische Gewalt. Das Zusammenspiel von neoliberalen Gesellschaftsanpassungen und deren individuelle Auswirkungen vor allem auf die Lebensrealität einzelner Frauen ist strukturelle Gewalt. Den Frauen werden Lebenschancen vorenthalten.

Hinzu kommt, dass der Abbau wohlfahrtsstaatlicher Sicherungssysteme negative Effekte auf die Sicherheit in den häuslichen vier Wänden hat. Da die Abhängigkeit von Frauen größer wird, werden sie oft in gewaltsame Beziehungen zurückgetrieben oder können sich erst gar nicht aus ihnen lösen, weil ihr (Über-)Leben sowie das ihrer Kinder aufgrund ihrer Erwerbsarbeit alleine nicht sicherbar ist. Studien aus den USA und Kanada, wie sie Morrow, Hankivsky und Varko sowie Brody vorgelegt haben, weisen dies nach. Aus ihnen geht hervor, dass prekäre Arbeitsverhältnisse Heirat wieder zur „bevorzugten Wahl“ für Frauen macht.

Parallel dazu wird der Sicherheitsbegriff neu definiert. Die soziale

GEWALTIGE REFORMEN – GEWALT GEGEN FRAUEN

Sicherheit wird abgebaut und „innere Sicherheit“ mit polizeilichen und militärischen Lösungen gefordert. Begleitet wird dieser Prozess von einer neuen Unsicherheit. Auch dieses neoliberale

„Wir leben in einer Zeit, in der die Menschen, deren Geld auf dem Spiel steht, mehr zählen, als die Menschen, deren Leben auf dem Spiel steht. Und so lange die betroffenen Gemeinden und die Menschen, deren Lebensgrundlagen auf dem Spiel stehen, nicht genauso miteinbezogen werden wie diejenigen, deren Geld auf dem Spiel steht, lassen Sie uns nicht von Demokratie reden.“

» Medha Patka, Aktivistin gegen Vertreibung und Großstaudammprojekte, Indien

GEWALTIGE REFORMEN ALLTÄGLICHE GEWALT

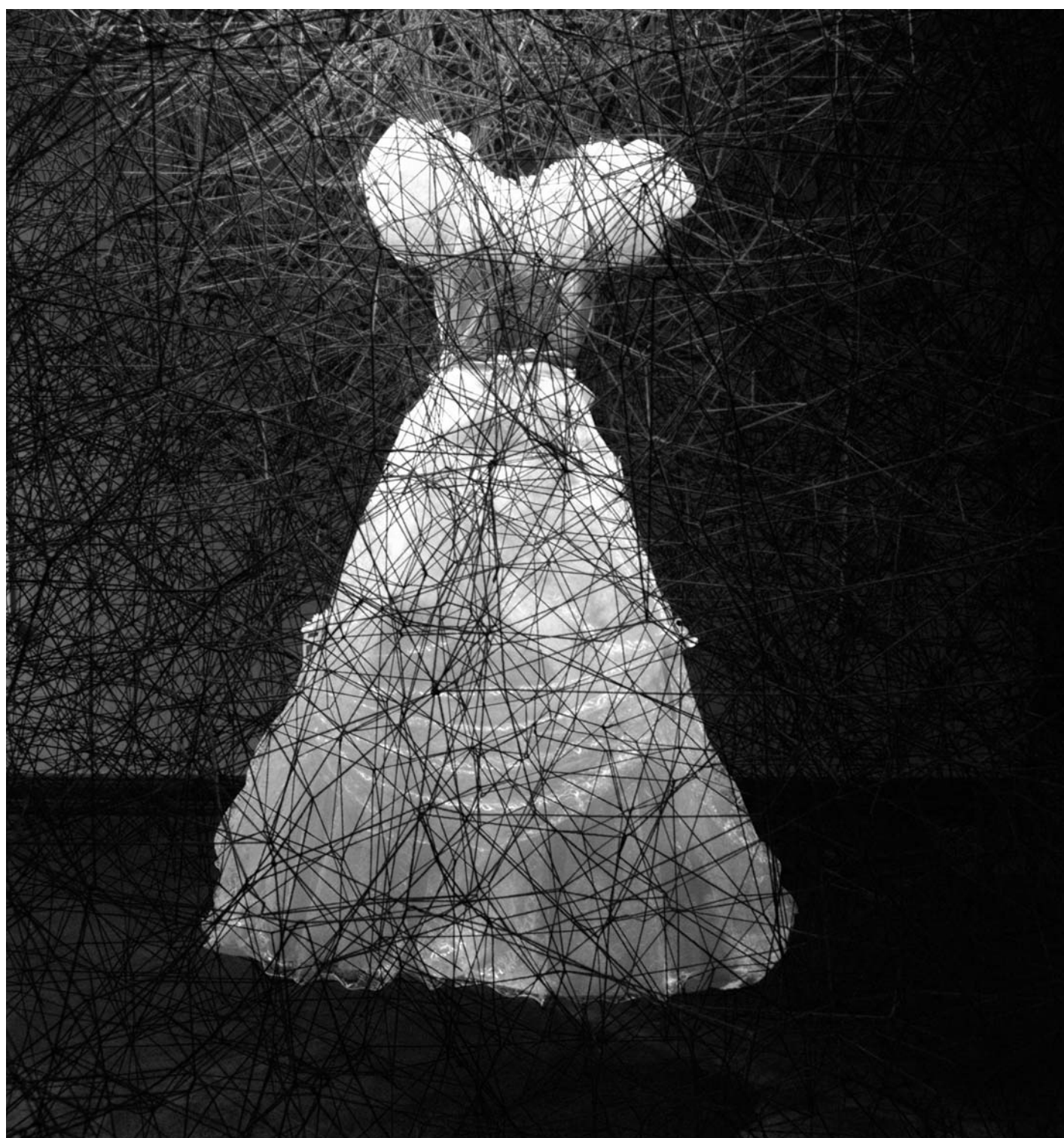


Abbildung » Chiharu Shiota, „Lebensspuren“, Torstraße 166, Berlin, 2008 | © VG Bild-Kunst | Foto » Adrienne Gerhäuser

Verunsicherungsdispositiv hat frauenspezifische Dimensionen: Frauen werden im Sicherheitsdiskurs fast nur noch als Opfer gesehen. Schutz vor Gewalt wird dabei nicht als Grundrecht und als

und Prostitution. Auch dies ist eine Form von struktureller Gewalt.

In der öffentlichen Wahrnehmung verschiebt sich der Fokus außerdem vornehmlich auf Kinder, alte, pflegebedürftige und behinderte Menschen als Gewaltopfer. Der Begriff „häusliche Gewalt“ relativiert die Geschlechtergewalt und negiert die zugrunde liegenden Herrschaftsstrukturen zwischen Frauen und Männern als gesellschaftliches Problem.

Eine weitere Dimension gewalthaltiger neoliberaler Umdeutungen ist die Kulturalisierung von Gewalt, die Migrantinnen Gewalttätigkeit

zuschreibt und sie zu kulturell Anderen macht. Gewalt wird damit fast ausschließlich im Kontext von Tradition und Kultur reflektiert. Die eigentlichen strukturellen Probleme, wie fehlende ökonomische oder aufenthaltsrechtliche Sicherheit, die zur Verwundbarkeit von migrierten Frauen beitragen, werden ausgeblendet.

Neoliberale Reformen sind so betrachtet ein Dispositiv staatlicher Sicherung und Verunsicherung, eine Mischung aus Disziplinierung und Kontrolle. Sie verknüpfen unter Geschlechterperspektive unterschiedliche Gewaltformen: Zum einen ist die Disziplinierung

durch Überlastung mit Arbeit und mit den stetig steigenden Anforderungen des Überlebens zu nennen. Zum anderen entstehen neue Gewaltformen durch strukturelle Verunsicherung und das Vorenthalten von Lebenschancen. Das dritte Gewalttableau entsteht durch kulturelles „Othering“. In seiner Gesamtheit bereitet dieses Dispositiv die Voraussetzungen für Verletzungsoffenheit, für Unsicherheit, für Abhängigkeit und keineswegs für das Empowerment von Frauen.

» Birgit Sauer ist Hochschullehrerin am Institut für Politikwissenschaft der Universität Wien

EDITORIAL

VON ARIANE BRENSSELL

Seit 1981 wird am 25. November der Internationale Tag gegen Gewalt an Frauen begangen. Gewalt gegen Frauen und geschlechtsbezogene Gewalt gibt es überall auf der Welt. Deutschland ist keine Ausnahme. Obwohl die Bundesregierung politische Maßnahmen ergreift, etwa den Aktionsplan zur Bekämpfung von Gewalt gegen Frauen, obwohl es entsprechende Rechte und Gesetze gibt, bleiben auch in Deutschland die Zahlen von Gewalt gegen Frauen hoch.

LARA* nimmt den 25. November zum Anlass, um einige Aspekte struktureller politischer Veränderungen im Zusammenhang mit der alltäglichen Gewalt gegen Frauen zu reflektieren. Der Sozialabbau, die neue Armut, Sondergesetze für Migrantinnen und der Umbau der Gesundheits- und Sozialsysteme – alles Reformen und Entwicklungen der letzten Jahre – zeigen teils antiemanzipatorische Wirkungen. Die mit den Reformen einhergehende Verknappung der finanziellen Ressourcen vergrößert nicht nur die Ungleichheiten zwischen Arm und Reich, sie zementiert erneut auch ungleiche Geschlechterverhältnisse.

Wir haben andere Frauenprojekte, Wissenschaftlerinnen und Journalistinnen gebeten, zu skizzieren, wie sie die neuen gesellschaftlichen Widersprüche und Herausforderungen für die Arbeit gegen Gewalt gegen Frauen erleben und wie sie die Bedeutung der gewaltigen Reformen der letzten Jahre für ihre Handlungsmöglichkeiten einschätzen.

Birgit Sauer, Hochschullehrerin an der Universität Wien, argumentiert aus politologischer Sicht, dass unter neoliberalen Verhältnissen Gewaltstrukturen neu gedacht werden müssen, um sie zu erkennen. Gisela Notz, Soziologin aus Berlin, zeigt acht Gründe auf, die die Armutslagen von Frauen trotz aller Gleichheitsbestrebungen strukturell wieder verschärfen. Die Ökonomin Esra Erdem analysiert, wie die Debatte über Gewalt bei Migrantinnen im Zusammenhang mit dem neuen Zuwanderungsgesetz steht. Migrantinnen müssen größere Hürden nehmen, wenn sie sich aus Gewaltverhältnissen befreien wollen. Mitarbeiterinnen von Agisra, einer Beratungsstelle für Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen aus Köln, zeigen dies an konkreten Beispielen aus ihrer Arbeit. Die Care Economy – der gesamte Bereich der Sorge-Ökonomie – ist ganz besonders von Veränderungen betroffen. Christa Wichterich, Publizistin und Gutachterin von WIDE (Women in Development Europe), zeigt am Beispiel der Pflege beispielhaft, wie die Einschnitte dort eine Spirale neuer geschlechtsspezifischer Ungleichheiten in Bewegung setzt. Und Frauenprojekte aus dem Antigenbereich – LARA*, Wildwasser (Verein gegen sexuellen Missbrauch an Mädchen), die ZIF (Zentrale Information der autonomen Frauenhäuser) und der BFF (Bundesverband der Frauennotrufe und Frauenberatungsstellen) – geben Einblicke in ihre Arbeit.

Illustriert werden die Wortbeiträge durch Arbeiten der in Japan geborenen Künstlerin Chiharu Shiota.

LARA möchte mit den vorliegenden Beiträgen Impulse für die weitere Diskussion geben.

» Ariane Brensell für LARA*
* LARA e.V. – Verein gegen sexuelle Gewalt, Berlin

40% der bundesweit befragten Frauen haben seit ihrem 16. Lebensjahr körperliche und/oder sexuelle Gewalt erlebt (durch Partner, Familienangehörige, Bekannte oder Fremde)

24% verdienen Frauen weniger als Männer in Deutschland

47% der von sexueller Gewalt Betroffenen haben mit niemandem darüber gesprochen

15 Unter den EU-15-Staaten (den Mitgliedsländern vor 2004) rangiert Deutschland bei der Einkommensungleichheit auf Platz

WARUM SIND GERADE FRAUEN OFT ARM?

VON GISELA NOTZ

Das bundesrepublikanische soziale Sicherungssystem ist ein Netz mit großen Maschen. Viele Frauen – aber auch zu viele Männer – stehen da, wo das Netz gerade ein Loch hat. In unserem reichen Land geht es allerdings nicht allen schlechter. Die Reichen können einen weiteren Anstieg ihres Vermögens und Einkommens verzeichnen. Fünf Billionen Euro Nettovermögen haben sie inzwischen angehäuft. Ein Zehntel der Haushalte verfügt über 47 Prozent des Reichtums. Reiche Frauen sind allerdings weltweit in der Minderzahl. Unter den 400 reichsten US-Amerikanern, die 2004 von Forbes aufgelistet wurden, waren 51 Frauen. Ähnlich sah dies in England aus, hier waren unter den 1.000 reichsten Personen 78 Frauen. In Deutschland gehen die Statistiken vom Haushaltsansatz aus, so dass wir nicht wissen, wie das Vermögen zwischen Frauen und Männern verteilt ist.

Über die Vermögensverteilung in den Ländern des globalen Südens ist noch weniger bekannt. Oft ist Vermögen dort mit Landbesitz verbunden. Aktuelle Haushalts-schätzungen in Lateinamerika zeigen, dass in Brasilien und in den Besitzern von Land über 50 Hektar etwa 13 Prozent Frauen waren; den höchsten Wert hat Paraguay. Dort sind 27 Prozent der Landbesitzenden Frauen. In Kenia sind unter den registrierten Landbesitzenden laut Human Rights Watch von 2003 fünf Prozent Frauen. Der Reichtum hat ein Geschlecht. Die Armut auch.

Acht Gründe, die aufzeigen, warum Frauen in Deutschland eher arm sind als reich:

1 Frauen werden arm, weil es immer noch eine geschlechts-spezifische Arbeitsteilung gibt

Das in Deutschland verwendete Haushaltskonzept macht in der Regel Frauen zu Anhängseln von Männern. Das Ehegattensplitting oder die durch Hartz IV eingeführten Bedarfszuschüsse manifestieren die Abhängigkeit vom „Familienernährer“. Rollen-tausch wäre möglich, würde aber nichts an den die Ungerechtigkeit schaffenden Strukturen ändern.

2 Frauen werden arm, weil sie erwerbslos sind

Im April 2008 gab es vier Millionen registrierte Erwerbslose. Wird die Dunkelziffer hinzugerechnet, so fehlen fast 8 Millionen Arbeits-plätze. Frauen sind im Vergleich zu ihrer Beteiligung am bezahlten Arbeitsmarkt sowohl in den alten als auch in den neuen Ländern stärker als Männer von Erwerbslosigkeit betroffen.

3 Frauen werden arm, weil sie in einer Bedarfsgemeinschaft leben

Langzeiterwerbslosigkeit führt zu Verarmung. Mit Inkrafttreten des ALG II, das seit 1. Januar 2005 an erwerbsfähige SozialhilfeempfängerInnen gezahlt wird, erhalten viele Frauen kein ALG II, weil die finanziellen Leistungen nicht auf das Individuum ausgerichtet sind, sondern auf „Bedarfsgemeinschaften“. Geschätzt wird, dass seitdem etwa 200.000 Frauen ihre Ansprüche auf Arbeitslosenhilfe ersatzlos verloren haben, weil sie mit einem Partner zusammenleben.

insgesamt niedriger bewertet. Hier sprechen wir von einer mittelbaren Diskriminierung. Selbst viele Vollzeit arbeitende Frauen können von ihrem Lohn nicht leben.

8 Frauen werden arm, weil das Rentensystem an ihrer Lebensrealität vorbeigt

Die Benachteiligung im Erwerbs-leben wird im sozialen Sicherungs-system fortgeschrieben: Eine aus-reichende Absicherung im Alter, bei Krankheit und Erwerbslosigkeit ist nur bei durchgehender Vollzeit-erwerbstätigkeit und bei durch-schnittlichem Einkommen gewähr-leistet. Trotz formalrechtlicher Gleichstellung werden Frauen strukturell durch das soziale Sicherungssystem benachteiligt, weil die Anspruchs- und Leistungs-voraussetzungen an ihrer Lebens-realität vorbeigehen.

Drei Forderungen, wie der Armut zu begegnen ist.

Die herrschende Arbeitsteilung, die ungleiche Verteilung von bezahlter und unbezahlter Arbeit zwischen Männern und Frauen sowie die große Differenz in der Bewertung der bezahlten Arbeit führen dazu, dass Frauen besonders von Armut betroffen sind. Für die Zukunft wird weder das Verteilen der Armensuppe reichen, noch wird es ausreichen, mangelnde Gerechtigkeit nur zu beklagen. Vielmehr ist es notwendig, der zunehmenden Ungerechtigkeit durch politisch forcierte, strukturelle Verbesserungen zu begegnen.

Erstens Wenn die Zahl derjenigen größer wird, die „arm trotz Arbeit“ sind, brauchen wir existenzsichernde Mindestlöhne. Die flächendeckende Einführung derselben ist jedoch bis jetzt am Widerstand der CDU gescheitert.

Zweitens Wenn Armut vor allem mit Erwerbslosigkeit zu tun hat, dann muss die gesell-schaftlich notwendige – bezahlte und unbezahlte – Arbeit umverteilt werden. Ebenso ist es notwendig, eine Umverteilung des Reichtums zu erreichen. Mit einer gerechtigkeitfördernden Steuerpolitik müssen Vermögende sowie Unternehmen und die Bezieher hoher Einkommen stärker an der Finanzierung beteiligt werden.

Drittens Wenn Armut mit dem Abweichen von der sogenannten „Normalfamilie“ zu tun hat, wir es notwendig, dass alle Lebensformen gleiches Recht und gleiche Existenzbedingungen genießen.

» Gisela Notz ist Soziologin und Historikerin in Berlin

»» *Der Umbau der Krankenhäuser bringt einen Statusgewinn für das Management, einen Statusverlust für die ÄrztInnen und größere soziale Unsicherheit sowie zusätzliche Arbeitsbelastung durch Effizienzdruck für die Pflegekräfte mit sich. Von 1995 bis 2004 wurden 12% der Pflegekräfte abgebaut. Dies geht aus einer Studie von Hagen Kühn u.a. vom Wissenschaftszentrums Berlin hervor (vgl. 2006). Die Studie weist nicht auf die geschlechtsspezifischen Dynamiken hin: Im Pflegedienst der Krankenhäuser, dem Bereich also, in dem der Effizienzdruck am größten ist, arbeiten mehr als 85% Frauen.*

PFLEGEDUMPING MACHT PFLEGEBEDÜRFTIG

VON CHRISTA WICHTERICH

Ein typisches Bild auf der Pflege-station eines Altenheims: Drei Pflegerinnen betreuen 40 „Pflege-bedürftige“, waschen und windeln im Akkord, hetzen vom Gebissein-setzen zur Medikamentengabe, von der Nahrungsmittelaufnahme zu den Ausscheidungen. Meine Mutter ist neu auf der Station:

„Ihre Mutter lässt sich Zeit beim Frühstücken“, wird mir gesagt. Das heißt: Es dauert, bis meine Mutter, die an Demenz erkrankt

die bei einem Sturz einen Ober-schenkelhalsbruch verhindern könnten, sie zahlen keine Plastik-unterlagen im Bett – mit der Folge, dass mehr Bettwäsche gewaschen werden muss. Diese Sparstrategien schaffen neue Risiken, Kosten und neuen Pflegebedarf. Den Preis zahlen die PflegerInnen und die Kranken.

Das Vertrackte an Sorgearbeit ist, dass sie niemals ganz in techni-schen Verrichtungen, Modulen und Zeittakten aufgeht. Das Menschliche steht quer zu den Marktprinzipien von Effizienz und Gewinn. Essen und Trinken im Turbotempo sind unmöglich, weil die Alten nicht so schnell kauen und schlucken können. So werden Magensonden und Dauerkatheter gelegt, Rollstühle ersetzen das Lauftraining.

Das Effizienzprinzip zielt darauf, dass weniger Pflegekräfte mehr Personen versorgen, sprich: mehr arbeiten müssen, ohne mehr be-zahlt zu bekommen. Gleichzeitig jedoch schafft es auch mehr Pflege-bedürftigkeit. Personennahe Dienstleistungen wie die Alten-pflege sind soziale typische Frauen-arbeiten. Diese werden in unserer überalterten Gesellschaft immer wichtiger. Sie sind aber schlecht angesehen und miserabel bezahlt. Viele ausgebildete Fachkräfte steigen nach rund 15 Jahren aus dem Beruf aus, weil sie von der psychischen und physischen Schwerstarbeit mit teils depres-siven, teils aggressiven, meist dementen alten Menschen über-fordert sind. Häufig schaukeln sich der Pflegestress und die Aggressivität von Demenzkranken gegenseitig hoch.

Seit Mitte der 1990er-Jahre unter-werfen Pflegemodule und Budgetierung die Pflege dem Diktat von Effizienz. Seitdem boomen private Anbieter. Dienstleistungen im Minutentakt sollen die Arbeit am Menschen rationell, sprich: schneller, gestalten. Zuwendung nicht inbegriffen. Nur wenn die

Bereits 2001 hat der UN-Ausschuss für wirtschaftliche, soziale und kul-turelle Rechte Versorgungsmängel

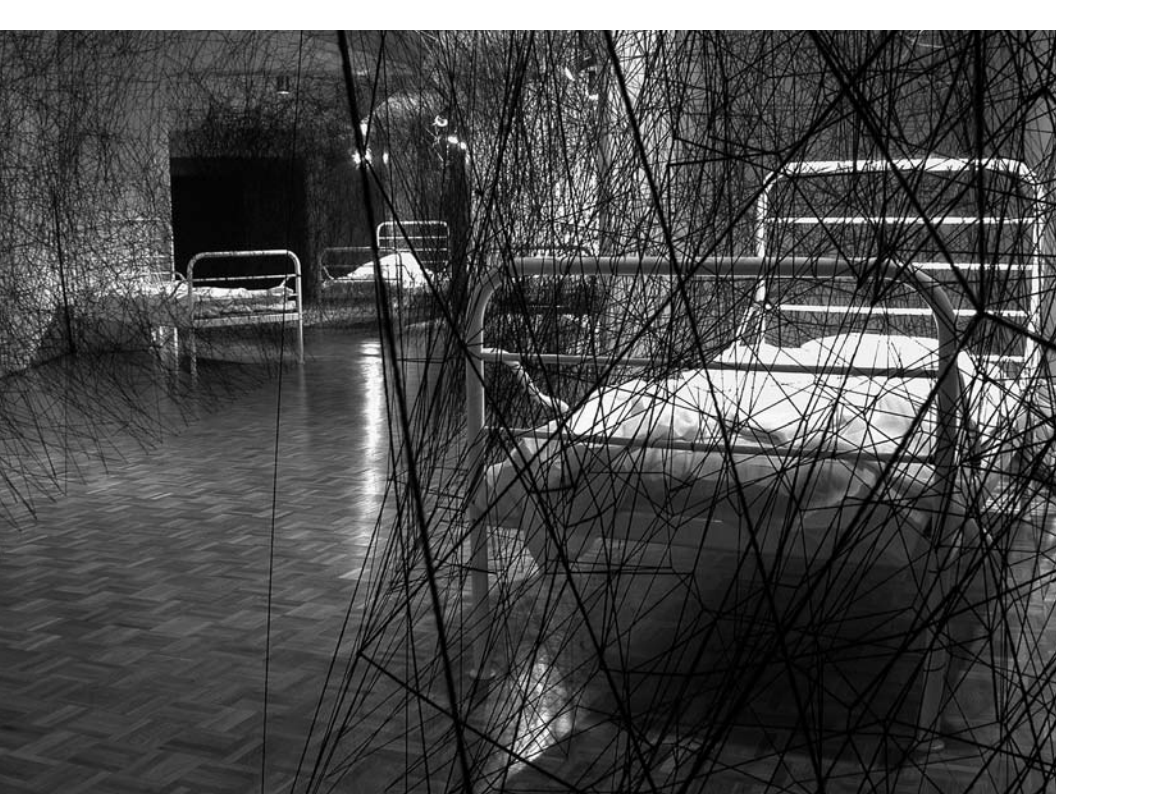


Abbildung » Chiharu Shiota, „During Sleep“, Maison des Arts, Créteil, Frankreich, 2001 | © VG Bild-Kunst | Foto » Sunhi Mang

ist, ihr Brötchen geschmiert und verspeist hat. Am nächsten Tag bekommt meine Mutter ihr Brötchen geschmiert und in Portionshäppchen serviert. Sie wird gekämmt, ihr wird ein T-Shirt über den Kopf gezogen, weil sie lange braucht, um eine Bluse zuzuknöpfen, sie wird gewindelt, nicht die Toilettegang wird ihr geübt wird. „Tut uns leid,“ sagen die Pflegerinnen, „wir haben nicht die Zeit.“ Abends um sieben Uhr werden alle auf der Station bettfertig gemacht, auch meine Mutter, die eigentlich noch nicht schlafen will. Alle müssen „gela-gert“ sein, bevor die einzige Nachtschwester zur Schicht antritt.

Pflege „effizient“ ist, lassen sich mit ihr Geschäfte machen.

Effizienz- und Zeitdruck führen jedoch dazu, dass die alten Menschen zunehmend pflege-abhängiger gemacht werden. Die Hilfsbedürftigkeit wird an-trainiert. Demenzkranke verler-nen selbst mechanische Tätig-keiten rasend schnell. Kranken-kassen lehnen Reha-Anträge bei „Pflegebedürftigen“ ab:

„Effizientes“ Pflegen ist billiger als gründliche Diagnostik, Ergotherapie und Krankengym-nastik, heißt es in den Begrün-dungen. Die Kassen zahlen auch keine Hosen mit Hüftpolstern,

in deutschen Heimen kritisiert: Wegen Personalmangels sind Men-schen, die auf Pflege bzw. Assistenz angewiesen sind, unterernährt, ausgetrocknet, wundgelegen.

Es ist das System von Effizienz- und Spardiktat, das voller struk-tureller Gewalt und Verletzung von Menschenwürde steckt. Mehr Pflegekräfte, gute Qualifizierung, mehr Anerkennung, bessere Bezahlung – das müssten die „Alten“ und die Altenpflege unsere Gesellschaft wert sein.

» Christa Wichterich ist Publizistin und Gutachterin von WIDE (Women in Development Europe) in Bonn

SONDERGESETZE UND PATRIARCHALE GEWALT

VON AGISRA E.V.

Migrantinnen in Deutschland sind von politischen Reformen und zahlreichen Gesetzgebungen der letzten Jahre betroffen. Dazu gehören Sondergesetze für Migran-tInnen und Flüchtlinge – wie die Residenzpflicht und das eheab-hängige Aufenthaltsrecht. Außer-dem sind Hartz IV und der Abbau sozialer Sicherungen im Erwerbs-leben zu nennen. Hinzu kommen spezifische Lebenslagen von Frauen – ihre stärkere Betroffenheit von Armut, sexistischer Diskriminie-rung und sexualisierter Gewalt.

Die alltägliche Unterstützung und Begleitung von Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen zeigt, dass vor allem für die Frauen, die von Gewalt in Ehe, Partnerschaft und Familie betroffen sind, die Belas-tungen zunehmen und die Hilfs-möglichkeiten zugleich weiter eingeschränkt werden. Beispiele aus der Beratungspraxis des Vereins Agisra veranschaulichen, warum die gesetzlichen Verbesse-rungen für von Gewalt betroffene Frauen durch das Gewaltschutz-gesetz von 2002 bei Migrantinnen und Flüchtlingsfrauen nicht greifen können:

In § 56 Abs. 1 AsylVerfö Räumliche Beschränkung steht: „Die Aufenthaltsgestattung ist räumlich auf den Bezirk der Ausländerbehörde beschränkt, in dem die für die Aufnahme des Ausländers zuständige Aufnahmeeinrichtung liegt.“

Frau C. E. trifft dies wo folgt: Frau E. lebt seit 22 Jahren mit einer Duldung in Deutschland. Ihr Aufenthaltsstatus ist si heute ungeklärt, da die Ausländerbe-hörde Frau E.s Angaben zu ihrer Herkunft bestreitet und ihr vor-wirft, sie wolle sich ihren Aufent-halt erschleichen. Duldung wird als Aussetzung der Abschiebung definiert. Für Frau E. bedeutet dies, dass sie seit 22 Jahren von Abschiebung bedroht ist und keine eigenständige Lebensperspektive entwickeln kann. Beratung sucht Frau E., weil sie aus einer Gewalt-beziehung geflohen ist, nachdem ihr Mann mehrfach Morddrohungen gegen sie ausgesprochen hat.

Inzwischen droht ihr die ganze Familie Gewalt und Mord an, wenn sie nicht zu ihrem Mann zurück-kehre. Sie sucht eine sichere Unter-kunft in einem anderen Bundes-land. Dies ist ihr jedoch ohne die Einverständnisklärung der zu-ständigen Ausländerbehörde nicht möglich: Verlässt sie den ihr zuge-wiesenen Bezirk, um sich in Sicher-heit zu bringen, so macht sie sich strafbar, weil sie gegen die mit der Duldung verbundene Residenz-pflicht verstößt. Auch ist die Unter-bringung in einem Frauenhaus zumeist nur dann gesichert, wenn vom zuständigen Sozialamt eine Kostenzusage vorliegt.

» Hannah Salome, Elvira Jakupovic und Behare Dinaj für Agisra e.V., Köln

HERAUSFORDERUNGEN AN FEMINISTISCHE POLITIK

VON SILKE BÜTTNER & EVA-K. HACK

Autonomie ist für die Autonomen Frauenhäuser der Bundesrepublik aus zwei Gründen unabdingbar. Zum einen sehen sie darin die Möglichkeit, die Strukturen inner-halb der Zufluchtsorte selbstver-waltet zu gestalten. Zum anderen beinhaltet der Autonomieanspruch auch, aus diesem Freiraum heraus Einspruch gegen gesellschaftliche Machtverhältnisse oder Unter-drückungsstrukturen zu erheben und feministische Forderungen zu stellen.

Die staatlichen Interventionen der letzten Jahre zur Verbesserung des Schutzes von Frauen vor Gewalt zeigen, dass diese Einsprüche tatsächlich eine staatspolitische Resonanz gefunden haben. Es scheint eine Annäherung in den Positionen zu geben. Die einst so

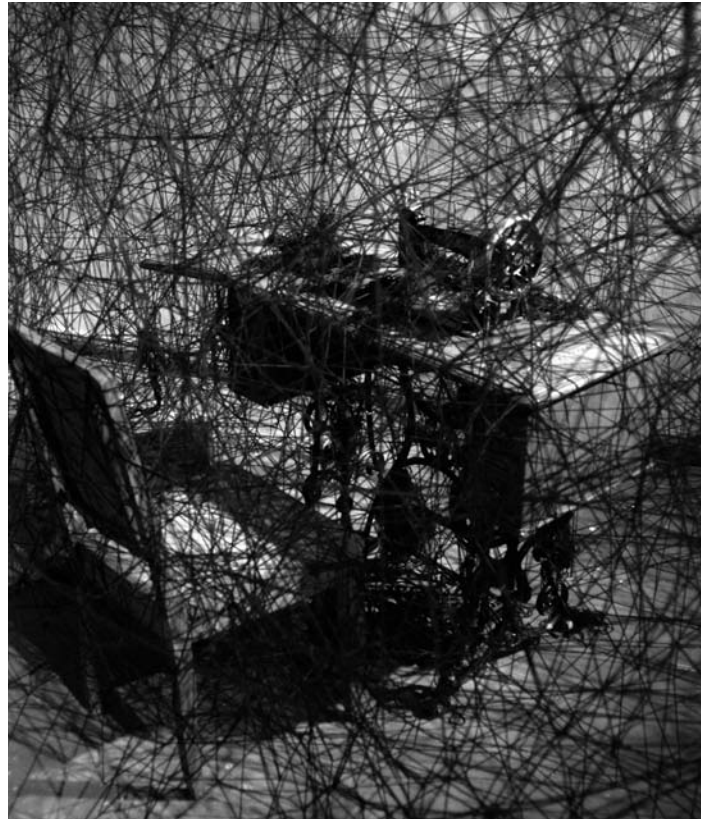


Abbildung » Chiharu Shiota, „Lebensspuren“, Torstraße 166, Berlin, 2008 | © VG Bild-Kunst | Foto » Adrienne Gerhäuser

klar geglaubten Fronten zwischen den autonomen Feministinnen hier und dem Staat dort verschwimmen zusehends. Dennoch lassen sich diese Entwicklungen nicht als emanzipatorischer und feministischer Schritt feiern.

Zahlreiche frauen- und gender-politische Durchbrüche erweisen sich bei genauer Prüfung als über-aus zwiespältig. So sind etwa im Gewaltschutzgesetz zum einen die Hürden für offizielle Maßnahmen zum Schutz der Gewaltopfer sehr hoch angelegt. Zum anderen haben die Täter bei Überschreitungen in der Regel strafrechtlich nichts zu befürchten. Parallel dazu wurden im Kindschaftsrecht Veränderungen vorgenommen, die mit den Schutz-normen des Gewaltschutzgesetzes kollidieren und sie durch Umgangs- und Sorgerechtsregelungen außer Kraft setzen können.

Sondergesetze wie die Residenz-pflicht und das eheabhängige Auf-enthaltsrecht verletzen für Migran-tinnen, die in Gewaltbeziehungen geraten, das im Grundgesetz ver-ankerte Recht auf Gleichberechtigung (§ 3 GG).

Deshalb fordern wir: **Erstens:** Die Abschaffung der Residenzpflicht. **Zweitens:** Ein eigenständiges Aufenthaltsrecht für EhegattInnen bei der Eheschließung. **Drittens:** Gleichberechtigung und Schutz von Bürger- und Menschen-rechten müssen in Deutschland auch für MigrantInnen gelten!

» Hannah Salome, Elvira Jakupovic und Behare Dinaj für Agisra e.V., Köln

Autonome Frauenpolitik

ZUR KRITIK AN DER INTEGRATIONSDEBATTE

VON ESRA ERDEM

Seit zwei Jahre gibt es ein großes öffentliches Interesse an der Problematik der Gewalt gegen Migrantinnen. Unter einigen Fem-inistinnen herrscht aber mittler-weile tiefes Unbehagen über die politische Richtung der Debatte. Nicht nur, dass die Chance verfan wird, basisdemokratische Netz-werke zur Selbstermächtigung von Migrantinnen auszubauen und interkulturelle Anti-Gewalt-Strategien zu etablieren. Ohne eigene Positionen in die Debatte einbringen zu können, sieht die Frauenbewegung auch dabei zu, wie ihre Anliegen zum Instrument restriktiver Migrationspolitik umgemünzt werden.

Aus der Berliner Beratungspraxis sind mehrere Fälle von alleiner-ziehenden Migrantinnen bekannt, deren Aufenthaltserlaubnis auf-ground ihres Bezugs von Arbeits-lösgeld II nicht verlängert wurde. Ihnen wurde für drei Monate ein temporärer Aufenthaltstitel, eine sogenannte Fiktionsbescheinigung, erteilt. Binnen dieses Zeitraums sollten sie nachweisen, dass sie sich selbst versorgen können.

Der Europäische Gerichtshof stürkte im Oktober 2008 die Rechte türkischer Staatsangehöriger und urteilte, dass sie nach fünf Jahren Aufenthalt den EU-BürgerInnen gleichgestellt sind und nicht aus ökonomischen Gesichtspunkten abgeschoben werden dürfen. An der prekären Situation von MigrantInnen aus anderen Dritt-staaten ändert das nichts.

Mit Soundbites wie „Ehrenmord“ und „Zwangsheirat“ ist es der CDU gelungen, den Ton in der Integra-tionsdebatte vorzugeben und Ver-schärfungen im Zuwanderungs-recht durchzusetzen. Als zudem prominente Migrantinnen wie Seyran Ateş und Necla Kelek ihr Vertrauen in das Zuwanderungs-gesetz als Anti-Gewalt Strategie setzten, wurde die konservative Position politisch nahezu unan-fechtbar. So konnte die Bundes-regierung etwa die Einführung des Sprachtests beim Ehegatten-nachzug dadurch begründen, Zwangsheiraten verhindern zu wollen.

Eine ähnlich paradox anmutende Resonanz hat die feministische Forderung nach den Bedingungen eigenständiger Existenzsicherung und Berufstätigkeit von Frauen gefunden. Flächendeckend sollen nun Krüppelplätze eingerichtet werden, um Frauen – und mitunter auch Männern – die lang erwar-tete Entscheidungsfreiheit einzuräumen. Doch zu welchem Preis? Je ausgebauter das System ist, desto mehr gilt der Erwerbs-arbeitswang für alleinerziehende Frauen. Arbeitsagenturen verwei-gern selbst Frauen mit kleinen Kindern die Leistungen nach ALG I und II, wenn sie nicht bereit sind, einer Erwerbsarbeit – meist im neugeschaffenen Niedriglohnssektor – nachzugehen.

Das staatspolitische Echo auf feministische und antirassistische Kritik ist eben nur ein verzerrter Widerhall. Bei genauem Hin hören schwingen noch immer überkom-mene Verhältnisse und Vorurteile mit – bei gleichzeitiger Anpassung an die Erfordernisse einer neoliberalen Politik.

Darüber hinaus steht der symbo-lischen Anerkennung der Anti-gewaltarbeit durch die Etablierung des Themas „häusliche Gewalt“ im politischen, wissenschaftlichen und institutionellen Raum auf der einen Seite eine dramatische Kürzung der Zuschüsse für viele Frauenhäuser auf der anderen Seite gegenüber. Zahlreiche Einrichtungen wurden in den letzten Jahren zur Aufgabe ge-zwungen oder werden über den Stellenabbau auf immer weiter schrumpfende Kernleistungen im Dienstleistungssektor reduziert.

Auch die in den Medien unter den Schlagwörtern „Ehrenmord“

Das staatspolitische Echo auf feministische und antirassistische Kritik ist eben nur ein verzerrter Widerhall. Bei genauem Hin hören schwingen noch immer überkom-mene Verhältnisse und Vorurteile mit – bei gleichzeitiger Anpassung an die Erfordernisse einer neoliberalen Politik.

Darüber hinaus steht der symbo-lischen Anerkennung der Anti-gewaltarbeit durch die Etablierung des Themas „häusliche Gewalt“ im politischen, wissenschaftlichen und institutionellen Raum auf der einen Seite eine dramatische Kürzung der Zuschüsse für viele Frauenhäuser auf der anderen Seite gegenüber. Zahlreiche Einrichtungen wurden in den letzten Jahren zur Aufgabe ge-zwungen oder werden über den Stellenabbau auf immer weiter schrumpfende Kernleistungen im Dienstleistungssektor reduziert.

Auch die in den Medien unter den Schlagwörtern „Ehrenmord“

» Esra Erdem ist Wirtschaftswissen-schaftlerin und Aktivistin in der mi-grantischen Frauenbewegung, Berlin

» Susan Sonntag (1933–2004) war Schriftstellerin in den USA

75%

der Frauen in Bayern verdienen unter 1.000 Euro monatlich

44.000.000.000

Euro wäre die unbezahlte Pflegearbeit Angehöriger wert und sie entspräche 3 Millionen Arbeitsplätzen

der über 80jährigen pflegebedürftigen Menschen sind Frauen

81%

132.600.000

Stunden arbeiteten im Jahr 2000 Frauen im Kanton Basel-Stadt unbezahlt in Haushalt, Kinderbetreuung und Pflege (andere diesbezügliche Erhebungen sind nicht bekannt)

2/3

der Menschen in Mini-Jobs in Deutschland sind Frauen

70%

aller weiblichen Mordopfer weltweit werden von ihren männlichen Partnern ermordet

81%

Frauen und 3% der Männer üben 2008 noch den Großteil der Kinderbetreuung aus

33.000.000.000

Euro betragen nach einer Studie in England 2004 die direkten und indirekten Kosten der Gewalt gegen Frauen durch Beziehungspartner

